

Zeitung der studentischen Selbstverwaltung

N° 69

HVCH

Humboldt Universität collected Highlights



Liebe Studierende, Neankömmlinge und Alteingesessene,

die HUch! freut sich euch zum neuen Wintersemester herzlich begrüßen zu dürfen. Ob ihr nun zum 11. Semester immer noch im Bachelor verharrt, die Kurve ins Masterstudium gekratzt habt oder ganz neu und orientierungslos in den Hallen der Humboldt Universität zu Berlin steht – ein warmes Welcome unsererseits! Wir, das ist die HUch! Redaktion, der Zeitung der studentischen Selbstverwaltung. Als ein Projekt des Referent_innenrates der HU Berlin bietet die HUch! einen Raum um erste journalistische Erfahrungen zu sammeln oder auch schon vorhandenes Wissen auszubauen. Wer also Lust und Zeit hat zu hochschulpolitischen Themen und darauf aufbauend auch zu anderen relevanten Themen Stellung zu beziehen, der oder die kann gerne einmal bei der HUch! vorbeischaun und sich informieren.

Die vorliegenden Stilblüten bieten dieses Mal nicht nur Einblick in die Einklagesituation an der Humboldt Uni, Infos über die anstehende Semesterauftaktparty im Ostflügel und in den heiligen Räumen der SBZ Krähe, sondern auch ein ausführliches Interview über die Ultrazene in Deutschland. Daneben wird über Neuregelungen im Residenzrecht berichtet, zur bald anstehenden Urban Art Messe Stroke.Artfair eingeladen und die Deutsche Geschichte in poststrukturalistischer Manier gegen den Strich gebürstet. Alles in allem eine bunte Ausgabe, die euch ein paar nette Lesestunden bereiten soll.

In diesem Sinne,
ALL THE BEST,

eure HUch!

Die nächsten StuPa-Termine:

21.10.2011 (Freitag)
16.11.2011 (Mittwoch)
12.12.2011 (Montag)
19.01.2012 (Donnerstag)
<http://stupa.hu-berlin.de>

Die Termine für die nächsten Fachschaftsräte- und Initiativenversammlungen

26.10.2011 18:30 FRIV-Sitzung (Mittwoch)
23.11.2011 18:30 FRIV-Sitzung (Wahl des Fako-Referats) (Mittwoch)
14.12.2011 18:30 FRIV-Sitzung (Mittwoch)
weitere Infos: <http://friv.hu-berlin.de>

Inhalt

S.3 Mehrbedarf führt zu mehr Kosten

Studierende, die einen Mehrbedarf vom Jobcenter erhalten, also insbesondere Alleinerziehende und chronisch kranke, müssen ihre Krankenversicherung nach der neuen gesetzlichen Regelung, die seit 01. April 2011 in Kraft getreten ist, selbst bezahlen.

S.4 Klag dich ein?!

Die HUch! sprach mit dem Referat für Lehre und Studium, das von Seiten des Referent_innenrates unter anderem die Einklageberatung für abgewiesene Studierende an der HU übernimmt.

S.6 // Urban Art für Alle //

Am Wochenende vom 14.-16. Oktober gibt es im Berliner Postbahnhof so einiges zum Staunen. Die junge Kunstmesse Stroke.Artfair öffnet mit einem ambitionierten Vorhaben ihre Tore in das Reich unkonventioneller und erlebnisorientierter Kunstproduktion.

S. 8 Auf dem universitären Abstellgleis

Asylbewerber_innen und Geduldete sollten grundsätzlich studieren können. Die Aufnahme eines Studienplatzes scheidet aber oftmals schon auf dem Weg zur Uni. Die Residenzpflicht verbietet jungen Asylbewerber_innen und Geduldeten in Deutschland allerdings den Reiseantritt.

S.10 „Das Ziel einer geschlossenen Fankurve“

Die HUch! traf sich mit dem Fanforscher Jonas Gabler, um zu erfahren, was es mit der Fan- und Subkultur der Ultras auf sich hat.

S.13 Deutsche Geschichte – Umgestrichen

Eine Rezension des Sammelbandes „Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk.“

Mehrbedarf führt zu mehr Kosten

Alexandra Eßl

Studierende, die einen Mehrbedarf vom Jobcenter erhalten, also insbesondere Alleinerziehende und chronisch kranke, müssen ihre Krankenversicherung nach der neuen gesetzlichen Regelung, die seit 01. April 2011 in Kraft getreten ist, selbst bezahlen.

Allen potentiell Betroffenen kann nur geraten werden, sich schnellstmöglich bei ihrer Krankenkasse zu informieren, ob noch Versicherungsschutz besteht. Es gibt schon jetzt einen Fall, bei dem eine Studierende mit Kindern vom Jobcenter abgemeldet wurde, ohne im Vorhinein informiert worden zu sein.

Da in solchen Fällen meist Familienversicherung vorliegt, sind also auch die Kinder als eigentliche Leistungsempfänger_innen mit betroffen. Dieses Szenario bedeutet, dass Kinder der Betroffenen im Krankheitsfall nicht behandelt werden können.

Als Studierender besteht aber auch von Seiten der Universität eine Krankenversicherungspflicht, ansonsten droht die Exmatrikulation. Es muss also entweder eine Familienversicherung vorliegen oder eine freiwillige Versicherung bestehen. In jedem Fall sollte eine Krankenversicherung bei Immatrikulation vorliegen und selbstverständlich auch während der gesamten Studiendauer. Der Großteil der betroffenen Studierenden verfügt aber meist über ein sehr geringes Einkommen, dass oftmals unter ALG II-Niveau liegt.

Der Paragraph

Doch wie sieht die gesetzliche Änderung genau aus? Auf der Seite Tacheles-sozialhilfe.de von Beckhäuser und Eckhardt werden die konkreten Änderungen des SGB II wie folgt beschrieben. Hier werden auch insbesondere die Stellen aufgezeigt, die zum Nachteil für die oben genannten Gruppen führen:

„§ 27 Absatz 1 Leistungen für Auszubildende
Leistungen für Auszubildende

(1) Auszubildende im Sinne des § 7 Absatz 5 erhalten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts [SO3] nach Maßgabe der folgenden Absätze. Die Leistungen für Auszubildende gelten nicht als Arbeitslosengeld II.“

Was heißt das genau?

Bisher waren die Leistungen, die Auszubildende ausnahmsweise doch (trotz grundsätzlichen Leistungsausschlusses) bekamen, an unterschiedlichen Stellen geregelt.

Allerdings bedeutet Absatz 1 eine deutliche Verschlechterung. Bisher begründeten Mehrbedarfe die Übernahme des Krankenversicherungsschutzes durch die ARGE. Das ist nun nicht mehr der Fall. Es kommt also zu einer deutlichen Verschlechterung, die hier beiläufig eingeführt wird.

Noch gibt es kaum Fälle in denen die alleinerzie-

henden Studierenden tatsächlich ihre Beiträge selbst bezahlen müssen, aber spätestens nach Ablauf der Bewilligungszeiträume wird sich das voraussichtlich schnell ändern.

„Was sich Frau von der Leyen dabei gedacht hat, ist mir unklar. Auf der einen Seite hat sie sich zum Ziel gesetzt, die Rahmenbedingungen für die heutige und künftige Mütter- und Vätergenerationen nachhaltig zu verbessern und Familie und Beruf vereinen zu können. Auf der anderen Seite kappt sie nun denen die Existenz ab, die eben diese Ziele verfolgen, aber keinen finanziellen Rückhalt von der Familie haben.“, so eine Beraterin des Referent_InnenRats (gesetzl. AStA) der HU Berlin.

Einschätzung

Die neue Regelung ist ungeheuerlich und ein große Belastung für die Betroffenen.

Menschen, die trotz einer finanziell schlechter gestellten Biografie ein Studium absolvieren möchten, können sich keine Krankenversicherung mehr leisten. Sie werden dadurch nicht nur vom Studium, sondern auch vom hart umkämpften Arbeitsmarkt ausgeschlossen, wenn sie nun auf Grund fehlender Krankenversicherung exmatrikuliert werden.

„Die vom Staat finanzierte Krankenversicherung für finanziell schwach gestellte Studierende, ob mit oder ohne Kind, muss aber garantiert sein.“, so die Beraterin weiter.

Bitte wendet euch mit Fragen oder auch Problemen schnellstmöglich an den Referent_innenrat der HU Berlin bzw. an die Beratung für Studierende mit Kind(ern), damit wir euch gegebenenfalls weiterhelfen können.



Klag dich ein?! Das Interview führte das Publikationsreferat

Die HUCh! traf sich mit dem Referat für Lehre und Studium, das von Seiten des Referent_innenrates der HU Berlin unter anderem die Einklageberatung für abgewiesene Studierende an der HU übernimmt.

[Seit kurzem gibt es die Homepage www.einklage.de, ein Portal von einigen Berliner und Brandenburger Asten zur Einklageberatung von Studierenden. Was verspricht ihr euch von der neuen Seite?](http://www.einklage.de)

Die Seite gibt zunächst einen guten Überblick über die verschiedenen Anlaufstellen in Berlin und Brandenburg (also die beratenden Asten). Zudem findet man auf ihr allgemeine Informationen zum Ablauf der Klagen sowie zu wichtigen Dingen, die es zu beachten gibt. Wir versprechen uns davon, dass mehr Studierwillige den Weg zu den Asten und zum Refrat finden und nicht teure Anwälte einstellen, die dann nichts tun oder gar vor einer Klage zurückschrecken.

[Wie kann denn – grob umrissen – ein typischer Einklagefall verlaufen, wenn der Ablehnungsbescheid der gewünschten Uni in den Briefkasten flattert?](#)

Wenn man sich in Berlin einklagen will, muss man zunächst fristwährend Klage einreichen sowie den Antrag auf Einstweilige Anordnung stellen. Im besten Fall reagiert die Hochschule daraufhin mit einem Vergleich, indem die Kläger_innen einen Studienplatz angeboten bekommen und dafür alle Kosten tragen sollen. Diese Vergleiche kann man so lange ablehnen, bis man nur noch die eigenen Kosten tragen muss (also die Gerichtskosten). Für die Klage, die Einstweilige Anordnung sowie für die Ablehnung der Vergleiche gibt es bei uns und bei den anderen Asten Vordrucke, man muss also nichts selber schreiben. Im anderen Fall reicht man Klage ein und das Gericht entscheidet. Das heißt, dass Gericht rechnet die Kapazitätsberechnung für den jeweiligen Studiengang der Hochschule nach und kommt dann meistens auf mehr Studienplätze, als die Hochschule. In diesem Fall bekommt man also auch seinen Studienplatz ohne hohe Kosten. In Brandenburg ist es sogar noch günstiger, da kommt es meistens gar nicht zur Klage. Hier muss man zunächst nur Widerspruch bei der Hochschule einlegen und bekommt dann oft schon einen Studienplatz angeboten.

[Ersetzt die Homepage ein Einklagespräch mit dem Asta der Uni, die eine_n abgelehnt hat?](#)

Nein! Auf der Homepage kann man sich einen ersten Überblick verschaffen und weiß dann ungefähr, was auf einen zukommt, sowie, an wen man sich wenden muss. Das direkte Gespräch bei den jeweiligen Asten und beim Refrat geht auf die individuelle Situation an den jeweiligen Hochschulen ein. Außerdem kann so auch die individuelle Situation der Kläger_innen beachtet werden.

[Welche Chancen ergeben sich für Studierende mit der Absicht sich für das diesjährige Wintersemester 2011 an der HU Berlin einzuklagen?](#)

Von Chancen sprechen wir erstmal gar nicht. Wir berufen uns lediglich auf Erfahrungswerte. Diese sind von Fach zu Fach unterschiedlich, Problematisch waren im letzten Jahr: Medizin, Veterinärmedizin, Psychologie, Grundschulpädagogik, Rehabilitationswissenschaften und –pädagogik sowie Sportwissenschaften. Dazu sei aber gesagt, dass die Psychologieklage vom WiSe 09/10 demnächst vor dem Landesverfassungsgericht verhandelt wird und Sportwissenschaften und Psychologie vom WiSe 10/11 gerade vor dem Oberverwaltungsgericht ist, so dass man da noch die Entscheidung abwarten muss. Medizin und Veterinärmedizin sind immer schwierig, da dort so viele Menschen klagen, dass das Gericht immer nachrechnet. Da es dann meistens mehr Kläger_innen als gefundene Plätze gibt, wird gelost.

[Gibt es noch Alternativen zu dem nicht risikofreien Einklagen?](#)

Jein. Die Alternativen versprechen auch keine Garantie! Man kann sich natürlich zunächst in ein NC-freies Fach einschreiben, dann alle möglichen Veranstaltungen in ihrem Wunschfach besuchen um sich später auf ein höheres Fachsemester zu bewerben. Allerdings sind im höheren Fachsemester auch nur so viele Plätze frei, wie im Laufe der Zeit wieder frei geworden sind (z.B. durch Studienabbruch, -wechsel), und diese werden bei mehreren Bewerbungen aufs höhere Fachsemester auch nach NC verteilt.

[In welchem bildungspolitischen Kontext siehst du die Einlageberatung der Berliner und Brandenburger Asten stehen? Und welche grundsätzlichen Forderungen vertritt beispielsweise der Referent_innenrat der HU hinsichtlich der Situation, dass es viel zu viele BewerberInnen für zu wenige Studienplätze gibt?](#)

Zunächst einmal berufen wir uns mit den Klagen auf das Grundrecht der freien Berufswahl (Art. 12 GG), wonach jeder Mensch seinen Beruf und somit auch seine Ausbildung frei wählen kann. Des Weiteren ist unser politischer Anspruch, uns für eine Hochschule einzusetzen, die offen für alle Menschen ist, die (an ihr) studieren wollen. Das heißt, dass jede_r Mensch an dem Ort das Lernen kann, wo und was er_sie_es selbst will. Dafür fordern wir die volle Ausfinanzierung von Studienplätzen, sowie den Abbau von Zulassungshürden. Zulassungshürden (z.B. NCs, aber auch Auswahlgespräche etc.) sind zudem nachweislich sozial selektiv, wodurch Menschen aus sozial schwächeren Familien sowie Menschen aus Nicht-Akademiker_innenfamilien ganz klar benachteiligt werden.

**Tanz
Du Opfer!**



Semesterauftaktparty

Samstag 29. 10. 21h
Ostflügel / SBZ Krähenfuß

// Urban Art für Alle //

Anna Wiesengrund



Am Wochenende vom 14.-16. Oktober gibt es im Berliner Postbahnhof so einiges zum Staunen. Die junge Kunstmesse Stroke.Artfair öffnet mit einem ambitionierten Vorhaben ihre Tore in das Reich unkonventioneller und erlebnisorientierter Kunstproduktion.

Brauchen StudentInnen eigentlich Kunst, frage ich mich auf dem Weg zum Interview mit den Leuten von der Stroke.Artfair. Ich sitze in der U6 Richtung Wedding, habe die Taschen voller Bücher und To Do Listen, um die Diplomarbeit wieder ein Stück weit voranzubringen und in meinem Alltag wenigstens geordnet, jawohl, gut strukturiert unterzugehen. Einkaufen, Bewerbungen schreiben, Hausratsversicherung abschließen, Krankenversicherungsschein unterschreiben, die Hausverwaltung zum vierten Mal an den neusten Schaden in der Wohnung erinnern, Franzi treffen, und dann Schlafen gehen. Wo bleibt da die Zeit für die Kunst, wenn der Tag einfach zu wenig Stunden für die Alltagsbewältigung bereithält? Nun, vielleicht bin ich eine Ausnahme und das StudentInnenleben hält ansonsten viel Zeit für Mußestunden, aber ebenso für viel Amusement bereit. Ehrlich gesagt kenne ich keine Studentin und keinen Student, der oder die viel Zeit und noch dazu das nötige Kleingeld für Kulturelles hat.

Wozu also Kunst, frage ich mich erneut? Vielleicht geht es gar nicht darum Zeit zu haben oder nicht. Kunst ist doch ohnehin allgegenwärtig, zumal in einer Stadt wie Berlin, wo selbsternannte KünstlerInnen zum Greifen nah sind, Streetart boomt und die Avantgarde ohnehin nicht mehr ausschließlich die etablierten Museen beflügelt. Wieso also nicht eine Kunstmesse besuchen, die es sich zum Ziel gesetzt hat „den Kunstmarkt zu revolutionieren“, extrem günstige Teilnahmegebühren gegenüber anderen Kunstmessen ermöglicht und mit Hierarchien zwischen Kunstschaffenden und RezipientInnen versucht aufzuräumen. Interaktiv, erlebnisorientiert und für jedes Alter offen – so präsentiert sich die Urban Art Messe, die nun zum zweiten Mal in Berlin stattfindet.

Am Leopoldplatz angekommen und auf dem Fußweg zum Büro komme ich an einigen Antiquariaten vorbei. In deren Schaufenstern fallen mir dann prompt die schwarz-weiß Portraits und Namen von Max Horkheimer, Karl Kraus, Theodor W. Adorno und sogar Walter Benjamin ins Auge. Voilà, wie konnte ich es vergessen: Kunst als Reflektion und Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, Kunst, die es vermag zum Verständnis des gesellschaftlichen Ganzen beizutragen, darüber hinaus gesellschaftliche Kohäsion bedeutet, aber auch das Utopische Moment in sich tragen kann. All das kann Kunst?! Nun gut ich will das künstlerische Schaffen nicht allzu sehr in den Reflexionsrahmen Kritischer Gesellschaftstheorie verengen und freue mich lieber auf das Gespräch mit den Initiatoren. Das zeigte, dass es bei der Stroke.Artfair vielmehr um einen Netzwerkgedanken geht, als um Gesellschaft.

Die Messe soll einen Ort schaffen, an dem Leute günstig Kunst kaufen, BesucherInnen genauso live bei der Kunstproduktion zusehen und selbst tätig werden können, so Phillip Barth vom Projektmanagement. Daneben wollen die Initiatoren KünstlerInnen, insbesondere noch recht unbekanntes NachwuchskünstlerInnen und jungen GaleristInnen eine Plattform bieten, auf der sie sich vernetzen können. Langfristig zielt die Messe sogar darauf kostenlos für ihre TeilnehmerInnen zu sein, um noch mehr Kunstschaffende zu erreichen. Doch dafür müssen noch Sponsoren gefunden werden, erzählt Phillip Barth weiter.

Auf dem Weg nach Hause stellt sich dann eine richtige Vorfreude ein. Ein Wochenende aus dem urbanen Leben inspirierte Kunst anschauen, nette Leute treffen und vielleicht auch mal selber künstlerisch tätig werden. Why not? Also ich bin trotz Zeitmangel dabei.

Stroke.Artfair

Kunst für das 21. Jahrhundert

14.- 16.10.2011

Postbahnhof

Straße der Pariser Kommune 8

10234 Berlin

Öffnungszeiten

Freitag, Samstag von 13:00-23:30 Uhr

Sonntag von 13:00 – 18:00 Uhr

Eintritt 8 EUR

Studierende:

am Eröffnungstag gibt es den Eintritt für 6 EUR

Die HUch! verlost 2x1 Freikarte für die Stroke.Artfair. Einfach eine Email bis 13.10 mit dem Betreff Stroke.Artfair an huch@refrat.hu-berlin.de schicken.



Auf dem *universitären* Abstellgleis

Anett Zeidler

Asylbewerber_innen und Geduldete sollten grundsätzlich studieren können. Die Aufnahme eines Studienplatzes scheidet aber oftmals schon auf dem Weg zur Uni. Die Residenzpflicht verbietet jungen Asylbewerber_innen und Geduldeten in Deutschland allerdings den Reiseantritt.

Leben in Halle, Studieren in Leipzig? Unmöglich! Zwar liegen zwischen Leipzig und Halle nur knapp 30 Minuten Zugfahrt mit der Regionalbahn, doch Halle gehört dem Bundesland Sachsen-Anhalt und Leipzig dem Bundesland Sachsen an. Gesetz ist Gesetz. Und das heißt Residenzpflicht. Die Residenzpflicht verhindert, dass Menschen, die Asyl beantragt haben oder deren Abschiebung vorerst ausgesetzt wurde, ihr Studium, ihre Ausbildung oder ihre Arbeit aufnehmen können, wenn sie dazu in eine andere Stadt fahren müssen, die in einem anderen Landkreis oder einem anderen Bundesland liegt. Folge: Studien- und Arbeitsverbot für Asylbewerber_innen und Geduldete. Im ersten Jahr nachdem Asyl beantragt wurde, darf so oder so nicht studiert oder gearbeitet werden. Aber auch danach wird's schwer, wenn während des Studiums weder BAföG noch Sozialhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gewährleistet werden oder eine Studienverbotsauflage direkt von der Ausländerbehörde ausgesprochen wird. Und auch die Hochschulen selbst haben ein Wörtchen mitzureden und können eine Immatrikulation wegen unsicherem Aufenthaltsstatus verweigern.

Diskriminierung durch Behörden per Gesetz

Wer sich auf der Suche nach Lücken im Residenzpflicht-Gesetz macht, der_die wird schnell fündig. Den einzelnen Beamt_innen wird hier in jedem Fall ein gesunder Menschenverstand zugetraut.

Auch für den Fall eines Schulbesuches, einer Ausbildung oder dem Antritt eines Studiums gibt es nach wie vor keine klare Regelung, wie etwa ein Entfallen der Residenzpflicht. Was die Häufigkeit der Verlassenserlaubnisse und die Dauer anbelangt, so haben die Beamt_innen in den Ausländerbehörden eigenmächtig

zu entscheiden. Diese Willkürentscheidung differiert zwischen zwei Wochen am Stück in ein anderes Bundesland reisen zu dürfen und einmal pro Monat einen Tag. Unter anderem sind die unterschiedlichen „Urteilspraxen“ auch darin begründet, dass Asylpolitik in Deutschland Ländersache ist. Je nach Gutdünken der Landesregierung sieht es dann mal schlecht und mal noch schlechter für die Menschen aus, die wegen jedem Arztbesuch, wegen jedem Wunsch, FreundInnen besuchen zu dürfen, erst mal zur Ausländerbehörde rennen müssen, um dort eine Verlassenserlaubnis zu beantragen.

Per Gesetzentwurf sollte die Residenzpflicht im letzten Jahr gelockert werden, um ein Studium, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit aufnehmen zu können. Im Beschluss der Bundesregierung vom 27. Oktober 2010 räumt diese den Behörden aber wiederum die Basis für willkürliche Entscheidungen ein: „Bei den Änderungen handelt es sich weitgehend um Ermessensvorschriften. Damit soll den zuständigen Behörden ein möglichst weiter Spielraum gegeben werden, um den unterschiedlichen Fallgestaltungen gerecht zu werden.“ Warum aber nicht gleich die Residenzpflicht komplett abschaffen, kommt mir dabei in den Sinn? Die Antwort folgt sogleich: „Bei den Ermessensentscheidungen ist neben den berechtigten Interessen des Asylbewerbers auch die Wahrung der Funktionsfähigkeit des Asylverfahrens zu berücksichtigen.“ Funktionsfähigkeit, aha, alles klar. Da drängt sich mir direkt die nächste Frage auf: Welche Funktion liegt der Residenzpflicht denn zugrunde?

Abschreckungspolitik

Die Residenzpflicht wurde 1982 in Deutschland eingeführt und offiziell damit begründet, abschreckend auf andere Menschen auf der Flucht zu wirken. Abschreckung ist auch heute noch Prämisse der bundesdeutschen Asylpolitik, welche Menschen, die nicht als Weiße, sogenannte „Deutsche“ eingestuft werden, also Schwarze und People of Color, sowohl an den EU-Außengrenzen aktiv abschottet als auch inner-

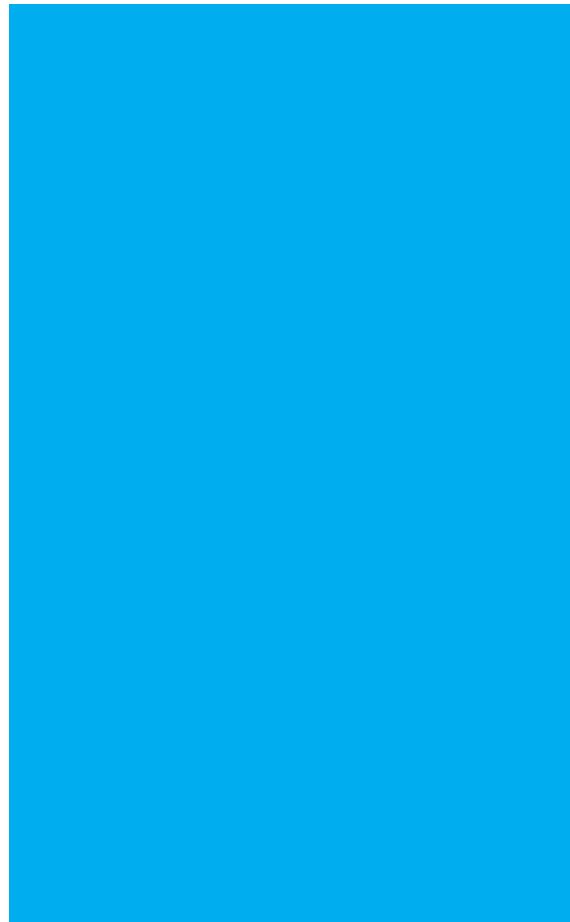
halb Deutschlands. Nur heißt das heute anders. Der Staat antwortet heute mit den haltlosen Argumenten, dass durch die Residenzpflicht 1. ein solidarischer Lastenausgleich unter den Bundesländern, 2. die Gewährleistung einer kurzfristigen Erreichbarkeit der Asylbewerber, um das Asylverfahren zu beschleunigen sowie 3. die zeitnahe Durchsetzung einer Ausreisepflicht gewährleistet werden könne. Übersetzt: Die Residenzpflicht wird aufrechterhalten, um Menschen kontrollieren und schneller abschieben zu können.

Allein schon die Wortwahl, die die Gesetzgebung hier eingerichtet hat, beschreibt die Einstellung der bundesdeutschen Republik zu Geflüchteten: Sie werden als Last wahrgenommen und nicht als Menschen und Menschen in Not. Warum ein „solidarischer Lastenausgleich“ durch eine Aufhebung der Residenzpflicht nicht mehr möglich sein sollte, liegt meiner Meinung nach allein am fehlenden Willen und an der Unmöglichkeit der Politiker_innen, auf Bundes- und Länderebene sich die Zeit für neue Modelle der Finanzierung von innerdeutscher Asyl- und Flüchtlingspolitik zu nehmen. Auch ist unklar, warum eine Beschränkung auf einen Landkreis oder ein Bundesland ein Asylverfahren beschleunigen soll. Die Realität zeigt, dass über 50 Prozent der Asylbewerber_innen mehr als 6 Jahre warten müssen, bevor über ihren Asylantrag entschieden wird. Wie also können solcherlei Argumente noch Stand halten? Eine Abschaffung der Residenzpflicht hingegen wäre aufgrund des sinkenden Verwaltungsaufwands und der sinkenden Polizeikontrollen eine Kosteneinsparung über Personalabbau – und damit sogar ein erheblicher Sparfaktor für die Bundesländer!

EGMR verteidigt Residenzpflicht

Des Weiteren argumentieren die Vertreter_innen der Residenzpflicht – und damit die Mehrheit der Politiker_innen im Bundestag – damit, dass die Regelungen zur Residenzpflicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EGMR) sowie dem Grundgesetz vereinbar seien. Tatsächlich hat der EGMR im

November 2007 so entschieden und argumentiert, dass das Recht auf Freizügigkeit nicht im gesamten Staatsgebiet gelte, sondern nur innerhalb des Radius, in dem der Aufenthalt erlaubt wurde. Damit überprüfte der EGMR hier aber nicht die Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen durch die Residenzpflicht selbst, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, sondern schreibt dem Staat eine willkürliche Definitionsmacht des Radius zu, in dem sich Geflüchtete bewegen dürfen. Das Urteil wurde vielfach als Zirkelschluss kritisiert und es offenbart, dass es künftig eines neuen Prozesses vor dem EGMR bedarf, um ein neues Urteil auf den Weg zu bringen.



„Das Ziel einer geschlossenen Fankurve“

Das Interview führte Peter Czoch

Die HUCh! traf sich mit dem Fanforscher Jonas Gabler um zu erfahren, was es mit der Fan- und Subkultur der Ultras auf sich hat. Seine Diplom-Arbeit schrieb er 2008 an der Freien Universität Berlin zum Thema „Ultrakulturen und Rechtsextremismus“. Mit der Veröffentlichung seines zweiten Buches „Die Ultras“ avancierte er zur wissenschaftlichen Korrespondenz in Presse und Medien. In diesem Semester will er an der Humboldt-Uni diskutieren.

Hallo Jonas, erzähl doch bitte kurz, wie du auf das Thema ‚Ultras‘ aufmerksam geworden bist!

Im Rahmen meines Politikwissenschaft-Studiums an der FU Berlin habe ich ein Auslandssemester in Mailand gemacht. In der Zeit bin ich zu ein paar Spielen gegangen und bei den Besuchen in Stadien faszinierte mich einerseits die damals noch beeindruckende Stimmung, die die italienischen Ultras verbreiteten und zum anderen schockierte mich wie häufig rassistische Gesänge zu hören und faschistische Symbolik zu sehen war und wie unwidersprochen sie blieben. So entstand die Idee, meine Diplomarbeit zum Thema Rassismus und Rechtsradikalismus in der deutschen und italienischen Fankultur zu schreiben. Nach meinem Abschluss 2008 bekam ich dann das Angebot vom PapyRossa Verlag ein Buch über Ultras zu schreiben. Ja, und seither beschäftige ich mich intensiv mit dem Thema.

Wodurch unterscheiden sich denn Ultras im Wesentlichen von anderen Fangruppierungen?

Am auffälligsten ist zunächst ihr Auftreten im Stadion, ihre Art den Support zu organisieren: Sie koordinieren die Gesänge mithilfe des Megafons. Das ermöglicht es ihnen, längere und komplexere Gesänge zu initiieren. Optisch greifen sie nicht nur auf Schals und das übliche Fahnschwenken, sondern auch auf sogenannte Doppelhalter oder gar Choreographien zurück. Die Ultras verhalten auch der Pyrotechnik wieder zu einem Comeback.

Aber dahinter steckt noch mehr. Die Ultras umfassen häufig mehr Mitglieder als vorangegangene Fangruppierungen und sind zudem besser organisiert. Hier macht sich der Ursprung des Fanmodells in Italien bemerkbar: Die Ultras entstanden dort zur Zeit der ArbeiterInnen- und Studierendenproteste in den 60er Jahren und übernahmen von diesen nicht nur Ausdrucksformen, sondern auch deren Organisation: Die Ultras sind mehr bestrebt Mitglieder zu rekrutieren und haben wie politische Gruppen einen gewissen Führungsanspruch bzw. ein Sendungsbewusstsein.

Sie wollen die aktive Fanszene führen und prägen, und verfolgen damit das Ziel einer möglichst geschlossenen Fankurve.

Damit verbunden ist ein deutlich stärkeres Engagement seitens der Gruppenmitglieder, die häufig – auch unter der Woche – viel Zeit in ihrer Gruppe und mit gemeinsamen Aktivitäten verbringen. Zudem sind die Ultras die erste dominierende Fankultur, deren zentrales Merkmal ein kritisches (Fan-)Bewusstsein ist, und die danach strebt, mitreden zu dürfen wenn es um Themen geht, die sie betreffen. Sie wenden sich gegen eine sich beschleunigende Kommerzialisierung und Eventisierung des Fußballs sowie gegen unverhältnismäßige Repression seitens der Vereine, Verbände und der Polizei.

Medial fallen Ultras zumeist negativ auf. Welchen Stellenwert hat die Gewalt für die Gruppen deiner Ansicht nach? Gibt es hier bestimmte Tendenzen, die zu beobachten sind?

Gewalt ist auch eines der Elemente der Ultrakultur. Das ist schon allein deswegen wenig verwunderlich, da Gewalt auch vor der Verbreitung von Ultras immer Bestandteil einer jugendlichen, aktiven Fankultur beim Fußball war. Insofern gibt es kaum Gruppen, die Gewalt rigoros ausschließen. Für die meisten spielt sie aber eine deutlich untergeordnete Rolle – ausgenommen vielleicht die Begegnungen mit dem „Erzriwalen“. Bei einigen wenigen Szenen – vielleicht auch eher dort wo enge Verflechtungen zwischen Hools und Ultras bestehen – hat die Gewalt eine höhere Priorität.

Was Trends anbelangt, ist es immer schwer eine Aussage zu treffen. Manche – auch Ultras – sprachen in der Vergangenheit öfters von einer Zunahme und Brutalisierung (Waffeneinsatz) der Gewalt. Zuletzt wurde das Thema Gewalt aber in der Szene verstärkt thematisiert und reflektiert. Hier deutet sich bereits an was viele BeobachterInnen sagen: Die Gewalt beim Fußball verläuft in Wellenkurven. Phasen der Zunahme der Gewalt wechseln sich mit „ruhigeren Phasen“ ab. Und das gilt sowohl für die einzelnen Szenen wie

für die Ultra-Szene in ihrer Gesamtheit.

Durch dein Buch „Die Ultras – Fußballfans und Fankulturen in Deutschland“ hast du bereits einige Aufmerksamkeit u.a. von verschiedenen Tageszeitungen und die Magazine Ballesterer und 11Freunde bekommen. Welche Resonanz gab es aus der Fan- und Ultra-Szene?

Ganz überwiegend positive. Ehrlich gesagt viel besser, als ich dachte. Ich habe Lob bekommen, aber auch etliche Anregungen. Seit der Veröffentlichung habe ich mit bald zwei Dutzend Gruppen Veranstaltungen gemacht, in denen ich meine Thesen präsentiert habe. Anschließend gab es Diskussionen, die sich manchmal noch über zwei Stunden und länger hinzogen.

Gab es Themen oder Diskussionen, die bei deinen Veranstaltungen zum Buch besonders hervorgehoben sind?

Meistens ging es um die Gewaltfrage und wie die Haltung der Ultras zur Gewalt die Zukunft der Bewegung gefährden könnte. Aber in diesem Kontext ging es auch darum, wie man der Öffentlichkeit vermitteln kann, was Ultras sind und was sie machen, jenseits von Support und Gewalt (wofür sie vor allem wahrgenommen werden).

Themen waren aber auch die Kommerzialisierung und Eventisierung, Repression und Kontrolle oder auch die Frage der Politik. Oft ging es auch um die Frage inwiefern Ultras zur Sozialisation von Jugendlichen beitragen können.

Vor einem Jahr gab es in Berlin eine große Demonstration. Mehrere tausend Fußballfans aus ganz Deutschland haben gemeinsam protestiert. Sind Ultras untereinander kooperativer geworden als die bisherige Fanszene? Was waren die zentralen Punkte des Protests?

Naja, es gab ja auch vor den Ultras schon vereinsübergreifende Kooperation von Faninitiativen. Aber die Organisationsstrukturen und Medien sowie die Reichweite der Ultras in den jeweiligen Fanszenen ermöglichen eine ganz andere Mobilisierung. Das drückt sich in der hohen TeilnehmerInnenzahl von mehreren Tausend aus. Ich denke eine solche Demonstration wäre vor 25-30 Jahren nicht möglich (allerdings auch noch nicht nötig) gewesen.

Das Motto der Demonstration war der „Erhalt der Fankultur“, wobei jede anwesende Gruppe einen eigenen Schwerpunkt legte und bestimmte Forderungen stellte. Darin ging es um niedrigere Ticketpreise,

um die Entkriminalisierung von Pyrotechnik, gegen unverhältnismäßige Repression und Kontrolle, gegen die Auseinanderzerrung des Spieltages, u.v.m., eben um all das, was aus Sicht der Ultras das Ausleben ihrer Fankultur erst ermöglicht.

In den Abschlusskundgebungen wurde aber auch ein kritischer Blick auf die eigene Bewegung geworfen: Einige Redner – Ultras – mahnten, die Ultras müssten sich kritisch hinterfragen, welche Rolle die Gewalt für sie spielte, und welche Konsequenzen dies hatte. Zum Erhalt der Fankultur gehört demzufolge auch, dass man sich darauf besinnt, dass Ultras nicht in erster Linie für Gewalt stehen, und es den Fortbestand der Fankultur gefährden würde, wenn man ihr zu viel Bedeutung beimäße. Das interessante daran ist, dass dort Gruppen miteinander kooperieren, die häufig an ihren jeweiligen Standorten die aktiven Fanszenen uneingeschränkt dominieren. Absprachen wie es sie beispielsweise als Konsequenz der „Pyrotechnik legalisieren“-Kampagne gab (Keine Böller, keine Leuchtschmuckmunition, Fackeln nur in der Hand – um Verletzungen zu vermeiden), wären früher wesentlich schwieriger durchzusetzen gewesen. Insofern bietet diese Kooperation auch Ansätze das Gewaltphänomen durch Selbstregulierung in der Szene einzuhegen ... aber ich schweife ab ...

Denkst du, dass die Kultur der Ultras neben ihrem vereinsbezogenen Fokus weitere gesellschaftliche Potentiale hat?

Ein Potenzial habe ich ja gerade genannt, das der Selbstregulierung der Fanszene. Dahinter steht ja die Fähigkeit, Regeln zu setzen und deren Einhaltung innerhalb der Gruppe durchzusetzen. Zudem bietet eine Ultra-Gruppe verschiedenste Aktivitäten. Das reicht vom Gestalten der Fanmaterialien (Fahnen, etc.) über organisatorische Arbeiten, Erstellung des Fanzines oder der Infolyer, Betreuung der Internetseite, Erstellen von Filmen bis hin zu Engagement im Verein oder in Verhandlungen mit den Verantwortlichen des Vereins.

Ich vertrete die These, dass Jugendliche in Ultra-Gruppen wichtige Erfahrungen für ihre Sozialisation machen können, die ihnen helfen sich von ihrem Elternhaus zu emanzipieren und eine eigene Identität aufzubauen.

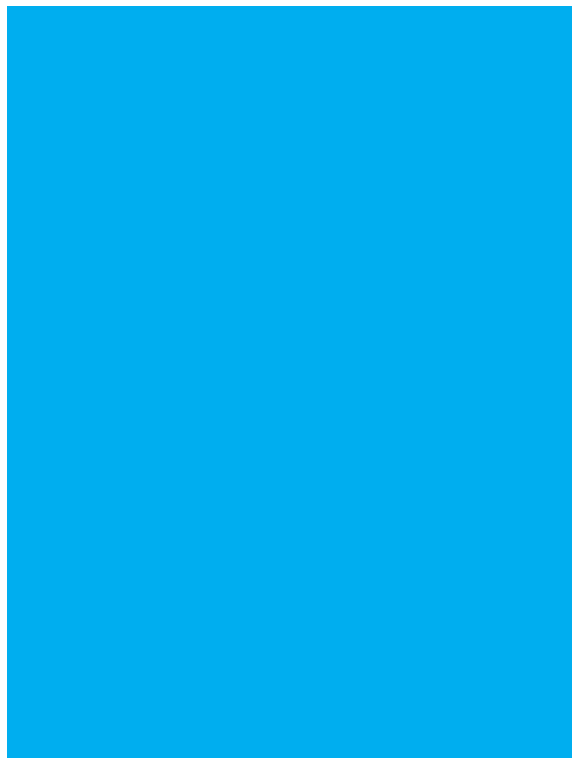
Und wie politisch ist die Ultra-Bewegung?

Die Ultra-Bewegung als Ganzes ist politisch – in einem engen auf den Fußball begrenzten Sinne. Alle Ultra-Gruppen engagieren sich zumindest für die Durchsetzung ihrer Interessen als Fußballfans.

Da viele der Probleme jedoch einen tieferen gesellschaftlichen Hintergrund haben, fällt es den Ultras auf Dauer schwer, diese Trennung zwischen „Fußballpolitik“ und allgemeiner Politik aufrechtzuerhalten. Die meisten Ultra-Gruppen bekennen sich heute mehr oder weniger öffentlich dazu, politisch zu sein, jedoch betonen sie dabei stets ihre Distanz zu jeglichen Parteien.

Insgesamt halte ich die Ultra-Bewegung nicht für besonders politisch, jedoch bietet sie mehr Potenzial für eine Politisierung (im Sinne von steigendem Interesse an gesellschaftlichen und politischen Themen) als die vorangegangenen Fankulturen.

Jonas Gabler (2010):
Die Ultras – Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland.
Papy Rossa-Verlag. 222 Seiten. 14.90 EUR.

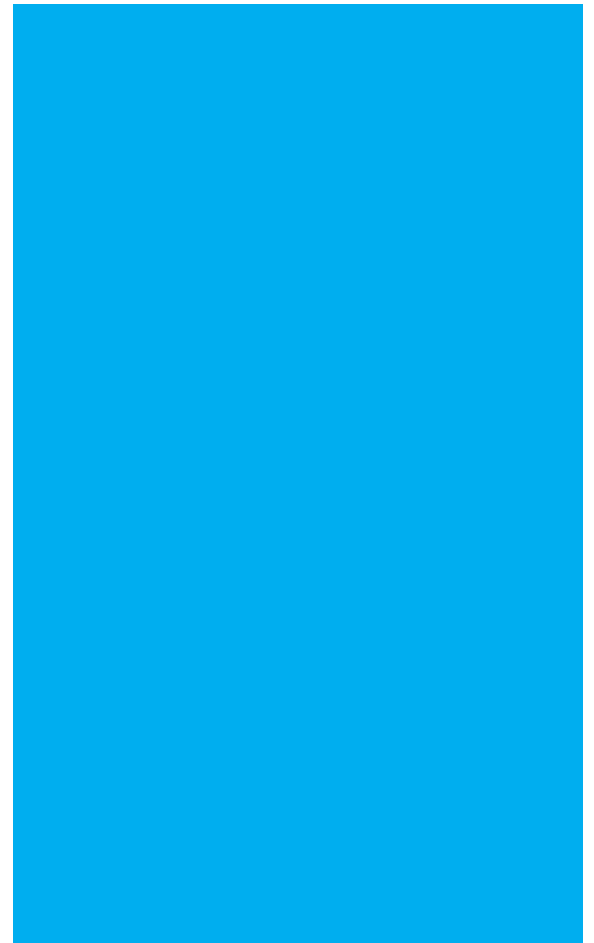


Im Wintersemester 2011/12 wird es am Institut für Sozialwissenschaften das Projektstudium „Ultras in Deutschland“ geben. Peter Czoch und Jonas Gabler wollen dort den unterschiedlichen Aspekten und Phänomenen der Ultra-Kultur auf die Spur kommen, sie gesellschaftlich einordnen und auch kritisch hinterfragen.

Eingeladen sind alle Studierenden, Interessierte und Fußballfans.

Ort: Universitätsstraße 3b, Raum 001

Zeit: Donnerstag, 18 Uhr



Deutsche Geschichte – Umgestrichen

Anett Zeidler

Eine Rezension des Sammelbandes „Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk.“

Im Sammelband „Wie Rassismus aus Wörtern spricht“ wird die deutsche Sprache unter die Lupe genommen und kritisch aufgearbeitet. Einer Kampfansage ähnelnd, versammeln sich historische Analysen von bekannten Theoretiker_innen der Postkolonialen Theorie wie etwa Birgit Rommelspacher, Paul Mecheril und Kien Nghi Ha mit selbstbestimmten Widerstandsstrategien der Gegenwart und treten in geballten 697 Seiten Text auf die Bühne. Abgerechnet wird hier mit der Parallelgesellschaft der Emos und Pfadfinder, mit zivilisierten Guido-Knopp-Filmen über Massenmorde, Dokumentarfilmen und Cookies¹. Im Genre des satirischen Realismus hält Noah Sow fest: „Miomis. Menschen ohne Migrationshintergrund. Erkennbar daran, dass sie selbst mit verfilzten Haaren und in Batikklamotten noch frech zu einem Polizisten werden können.“ (Noah Sow, S. 449). Auch junge Nachwuchskünstler wie Philipp Khabo Köpsell finden hier den Raum für ihren poetisch-politischen Widerstand und ihre Kritik an Spendenkampagnen für Afrika, Arschgeigen und Lehnstuhl-Ethnologen.

Konkret

Zentrale Fragen sind, wie Rassismus in das herrschende Wissen eingekerbt wurde und wie wir dieses Wissen tagtäglich aufnehmen und wiederholen. Dabei wird offengelegt, was Sprache ausdrückt, wie sie Wissen historisch formt und welche Tradierungen in sprachlichen Begriffen enthalten sind.

Rassismus selbst wird zunächst in seinen vielseitigen Spektren analysiert: Antisemitismus, Anti-Schwarzer, antiislamischer, antiziganistischer und antimuslimischer Rassismus². Iman Attia betont, dass es hilfreich sein kann von Rassismus als zugrunde liegender Struktur auszugehen, um auf dieser Basis die Unterschiede zu thematisieren. Der Kolonialismus gilt

dabei als entscheidender in all seinen Reichweiten zu analysierendes, „katalysatorisches Moment der Geschichte“. Mit dem Begriff der „konzeptuellen Meistererzählung“ Kolonialismus heben die Herausgeberinnen die allseits umfassende Verflechtung kolonialer (K)Erben im Wissensarchiv Deutschlands hervor. Dementsprechend vielseitig sind die Beiträge im ersten Teil des Bandes, in dem Theorien und Grundlagen zu den Begriffen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sklaverei und Migration, um nur einige zu nennen, diskutiert werden.

„Rassismus ist keine persönliche oder politische ‚Einstellung‘, sondern ein institutionalisiertes System, in dem soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen für *weißen* Alleinherrschaftserhalt wirken“, konstatiert Noah Sow und verweist auf die bewusst oder unbewusste individuelle Teilhabe an Rassismus, die jenes „globale Gruppenprivileg, das *weiße* Menschen und ihre Interessen konsequent bevorzugt“ durch eigenes Verhalten verstärkt.

Im zweiten Teil werden auf knapp 300 Seiten Begriffe wie Afrika, Antirassismus, Ausländer_in, Dokumentarfilmer, Flüchtling, Kinderbücher, Nachrichten, Sklave und Zeit analysiert. Hier befindet sich der_die Leser_in direkt im Prozess der Geschichts-Neuaufgabe. Detaillierte Analysen rufen den entinnerten — den gewollt verdrängten — Kontext der Entstehungsgeschichte der hier aufgelisteten Schlüsselwörter hervor und verankern die alternativen Erinnerungen im Bewusstsein kritischer Repräsentationspraxis.

In einem dritten Teil werden Gegenbilder von People of Color entworfen. Die Beiträge sind Zeitzeugen des Widerstandes gegen herrschende, normative Begriffszuschreibungen. So werden Selbstbezeichnungen wie etwa Afrodeutsche_r, People of Color und Schwarze Deutsche im Kontext ihrer Entstehungsgeschichte erläutert – Widerstandspraxen, die der Sprache Alternativwege und Wege des (Self-)Empowerment einschreiben, diese einfordern und das Selbstbild des

kritischen *weißen* Lesers herausfordern.

In einem vierten Teil des Sammelbandes werden rassistische Wörter historisch analysiert und verworfen. Dem_der *weißen* Leser_in werden neue Wege angeboten, wie mensch zukünftig rassistische Wörter verlernen oder Ersatzbegriffe in den eigenen Sprachgebrauch einfließen lassen und damit selbst an der Geschichtsumschreibung mitwirken kann.

Der Fokus des Bandes liegt zum einen auf der Sichtbarmachung rassistischer Strukturen und deren Reproduktion durch das *weiße* christliche mittelständische Subjekt. Diese Sichtbarmachung ist zum anderen Resultat all jener Widerstandspraxen, die im Sammelband vertreten sind: Widerstandspraxen, die in der Vergangenheit wirkten, während des Schreibprozesses und auch beim Lesen ihre Wirkmächtigkeit einfordern. „Wie Rassismus aus Wörtern spricht“ ist Gegenstrategie zur hegemonialen Geschichtsschreibung Deutschlands. Es will gelesen und verstanden werden, rezipiert und diskutiert werden. Es geht hier um die Sichtbarmachung des selbstbestimmten Widerstandes Schwarzer und People of Color in der Vergangenheit und in der Gegenwart, darum, Gegenbilder in die Umlaufbahn zu bringen, die entweder schon lang existierten und bis zur Enttinerung, bis zum Vergessen totgeschwiegen, im täglichen rassistischen Prozess verstummt oder überhört wurden und werden. Es geht auch um die Einforderung von Geschichten jenseits eines einseitigen Opferdaseins und um Geschichten, die Schwarze und PoC jenseits von Rassismus schreiben – als selbstbestimmte Menschen. Dadurch wird ein Dialog zwischen Autor_innen und Leser_in erreicht, der mir als Leser_in Hoffnung verleiht und mich auf Spurensuche schickt.

Sklaverei – eine Spurensuche

Nach den Recherchen Nadja Ofuatey-Alazards kann 1441 als Beginn des europäischen Sklavenhandels betrachtet werden: Ein Mann und eine Frau aus Marokko wurden von einer portugiesischen Handelsexpedition auf der Suche nach Häuten und Tieröl entführt und dem königlichen Herrn, Prinz Heinrich von Portugal, als „Geschenk“ mitgebracht. Nach Portugal und Spanien dominierten ab den 1530er Jahren auch Dänemark, Holland, England und Frankreich im Menschenhandel. Um 1680, um ein Beispiel zu nennen, wurden um die 10.000 Afrikaner_innen jährlich nach Nord- und Südamerika verschleppt; in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren es bereits 70.000-80.000 pro Jahr. 1682 initiierte auch der Kurfürst von Brandenburg, Friedrich Wilhelm I., die Brandenburgisch-Africanische Compagnie, unter der er unter deutscher Flagge bis zu 30.000 Afrikaner_innen nach Nord- und Südamerika verschleppte. Insgesamt wurden mehr als 12 Millionen afrikanische Menschen im Zeitraum von vier Jahrhunderten versklavt, verschleppt, auf Profit weiterverkauft und ausgebeutet (S.103 – 113).

„Der Versklavungshandel stellte die Weichen für von globalen Machtasymmetrien getragene Entwicklungsprozesse afrikanischer Gesellschaften, die – als direktes Erbe des Kolonialismus – mit ‚Unterentwicklung‘ kaum angemessen zu beschreiben sind.“ (Ofuatey-Alazard, S.113)

Im Gegensatz zu der Realität, dass durch Versklavung Machtasymmetrien hergestellt wurden, die auch heute noch wirken, steht die dominierende politische und mediale Repräsentationspraxis und Wahrnehmung, Afrika sei vollständig abhängig von *weißer* Hilfe, wie Ingrid Jacobs und Anna Weicker im zweiten Teil zum Begriff Afrika herausarbeiten (S.200-214). An die Frage der Funktion einer solchen Afrika-Konstruktion anknüpfend, gehen die Autor_innen jenen Konzeptualisierungen von Afrika nach, die nicht im europäischen Projektionsrahmen verharren, sondern afrikanische Identitäten jenseits europäischer Afrika-Diskurse entwerfen wollen. Grundlegend hierfür sei zum einen, dass die afrikanische Geschichte in die Weltgeschichte eingeschrieben wird und die Bedeutung von Versklavung, Kolonialismus und Apartheid selbst zu bestimmen sei sowie mit den Kämpfen um Autonomie und Unabhängigkeitsdiskursen verbunden wird. Treffend zitiert Noah Sow das Sprichwort „Nothing about us without us is for us“ und spielt damit auf die Allmachtsphantasien weißer sogenannter europäischer Afrikaexpert_innen an.

Ngugi wa Thiong’o macht sowohl auf die ökonomischen als auch auf die mentalen Konsequenzen von Versklavungshandel und Sklaverei aufmerksam. Neben dem Verlust von Menschenleben, Macht und Ressourcen ist das historische Trauma noch immer unverarbeitet und wirkmächtig. Zur Folge hat dies die andauernde Entwertung afrikanischen Lebens – durch Fremd- und Selbstzuschreibungen. Auch finden sich heute wie damals Kolonialwaren billig und in großer Menge auf den Tellern des_der neo-kolonialistischen, europäischen Käufer_in. Und auch heute noch, so denke ich inspiriert weiter, bestimmt der Weltmarkt und damit zum großen Teil der europäische Markt, was angebaut wird, für welchen Preis dies zu verkaufen ist und unter welchen EU Standards die Mangos und die Bananen importiert werden dürfen. Und auch gibt Europa selbst gern vor, für welche Menschen Menschenrechtsverletzungen straffällig verfolgt werden und in welchem Sektor mensch lieber duldend wegschaut, wie etwa in der Kaffee- und Kakaoproduktion für den westlichen Markt, in der aufgrund von Niedriglöhnen Kinderarbeit an der Tagesordnung steht. Das – und so in meinen Worten – ist Neokolonialismus. Moderne Sklaverei, die Menschen das Menschsein verweigert. „Sklave bedeutet eine Verweigerung der Freiheit des Handelns, der Freiheit der Wahl, Leibeigenschaft, sei es des Körpers oder des menschlichen Willens“, zitiert Ofuatey-Alazard den nigerianischen Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka.

Ein Buch für die Praxis

„Wie Rassismus aus Wörtern spricht“ ist mehr als nur ein Nachschlagewerk. Hier werden die Kerben des Jahrhunderte langen Gewaltmonopols *weißer*, christlicher Vorherrschaft sichtbar gemacht und umgeschrieben. Allesamt wertvoll für diesen Sammelband, den Susan Arndt und Nadja Ofuatey-Alazard im Juni dieses Jahres herausgegeben haben. Ein Geschichtsbuch, den ich auch gerne meinen Kindern vererben würde. Die Kerben, die er selbst schlägt, sind tief. Stilistisch wohl verpackt, motiviert der Wälzer für die eigene politische und künstlerische Arbeit, die kritisch erinnert und Verantwortung übernimmt.

Fußnoten:

1 Cookie: „Bezeichnet in der Schwarzen nordamerikanischen Antirassismusbewegung die Erwartungshaltung *weißer* Menschen, dafür belohnt zu werden, wenn sie sich gegen Rassismus aussprechen oder gar eine Anstrengung auf sich nehmen, die Rassismus bekämpft oder aufklärt. Grundgedanke ist dabei der, dass man keinen ‚Keks‘ für etwas erwarten kann, das man ohnehin tun sollte“ (Noah Sow, S. 583).

2 Die Redaktion möchte anmerken, dass es hier durchaus problematisch ist die unterschiedlichen Ressentiments alle als Spielarten des Rassismus zu interpretieren.

Arndt, Susan; Ofuatey-Alazard, Nadja (Hrsg.) 2011: *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk.* Unrast Verlag. 780 Seiten. 29,80 EUR.



©Unrast Verlag

impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ – Hunter S. Thompson

- Anschrift HUch! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin. huch@refrat.hu-berlin.de www.refrat.de/huch
- HerausgeberIn ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASTA).
- Redaktion Tobias Becker, Danienne Wete (V.i.S.d.P), Referat für Lehre und Studium, Referat für Studierende mit Kind(ern), Alexandra Eßl, Publikationsreferat, Anna Wiesengrün, Annet Zeidler, Elisabeth Lambrecht, Felix Fuhg Peter Czoch, Layout und Illustrationen: Lukas Mertens, Druck Union Druck, Auflage 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 70 ist der 15. November 2011